

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Wien oder bei direktem Postbezug ohne Postgebühr monatlich 3.— M., bei Zustellung unter Schriftband 5.— M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nummern der Postzeitung für 1919 eingetragen. Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2894.

Jahreslohn bei halbjährlicher Abrechnung oder beim Kauf von 120 M., Wertamtigen das entsprechende Wert 20 Pf. jedes weitere Wert 25 Pf. Steuerzuschlag 10 Proz. Bei Familien- u. Versammlungsangelegenheiten fällt der Zuschlag fort. Invertr. für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen sein. Inseraten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9769

# FREIHEIT

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Allgemeiner Verteilungsstreik in England

## Die Ausdehnung des Streiks.

Nach der ablehnenden Antwort der englischen Regierung, an die Eisenbahner blieb diesen kein anderes Mittel als die Niederlegung der Arbeit übrig. Die Regierung hat zwar ein „Angebot“ gemacht, in Wirklichkeit enthielt es aber nicht das mindeste Zugeständnis. Die Löhne sollen nicht ausbezahlt werden, die Eisenbahner wurden lediglich damit betrostet, daß die Preise der Lebensmittel sich in der nächsten Zeit dem normalen Stande nähern würden. Die Teuerung aller Lebensbedürfnisse macht sich auch in England in schärfer Weise bemerkbar: die Preise sind gegenüber der Zeit vor dem Kriege durchschnittlich auf mehr als das Doppelte gestiegen. Die Löhne sind zwar auch in die Höhe gegangen, aber nicht im Entsprachen soweit, daß ein Ausgleich zwischen Teuerung und Einkommen herbeigeführt worden wäre, geschweige denn, daß die Lebenshaltung der Arbeiter sich im allgemeinen verbessert hätte. Es ist deshalb zu verstehen, daß die Eisenbahner sich auf das billige Versprechen der Regierung, daß die Preise der Lebensmittel sich wieder senken würden, nicht einlassen konnten.

Die englische Regierung, die es bisher verstanden hatte, durch Konzessionen an die Arbeiter den Ausbruch größerer Arbeitskämpfe zurückzuhalten, zeigt bei diesem Konflikt, daß auch sie trotz ihrer demokratischen Geberden nicht anders handelt, als jede andere kapitalistische Regierung. Sie plant, mit Gewaltmaßnahmen den Streik einzudämmen und zum Zusammenbruch bringen zu können. Man glaubt wohl reden zu hören, wenn man die Drohungen der englischen Regierung gegen die Streikenden vernimmt. Trotz dieser Drohungen ist der Streik ganz allgemein geworden, er hat den ganzen Verkehr Großbritanniens lahmgelegt und bringt das Land vor die Gefahr einer schweren wirtschaftlichen Krise. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Streik noch größeren Umfang annimmt und daß sich ihm noch andere Arbeiterkategorien anschließen, wenn die Regierung es nicht doch noch vorzuziehen sollte, den Eisenbahnern die notwendigen Zugeständnisse zu machen.

Ueber den Stand der Streikbewegung lagen am Sonntag folgende Meldungen vor:

HN. Haag, 28. September.

Aus London wird gemeldet: Der Nationalverband der Eisenbahner teilt mit, daß der proklamierte Streik abgemeldet sein wird und sich alle Eisenbahnen in den Vereinigten Königreichen Englands erstrecken soll. Der Verband der Maschinen- und Heizer hat sich dem Aufruf bereits angeschlossen und wahrscheinlich werden sich auch die Angestellten daran beteiligen. Nur in Irland ist der Streik noch nicht verkündet. Die irischen Eisenbahner wollen erst Nachrichten aus London abwarten.

Das Abtransportmittelministerium hat bereits Donnerstag nach dem Befehl zur Sicherstellung der Lebensmitteltransporte geordnet. Es wurde auch gleichzeitig eine allgemeine Rationierung der Lebensmittel und des Heizmaterials beschlossen. Bis jetzt steht die Forderung der Transportarbeiter noch nicht fest. Es besteht also noch immer die Möglichkeit, daß die Transporte mit Lastkraftwagen durchgeführt werden. Für diese Zwecke werden bereits freiwillige Arbeiter angeworben, denen im Notfalle militärische Bedienung zur Verfügung gestellt werden soll. Es ist sogar die Verwendung von Militär in Aussicht genommen. Alle Urlaube sind rückgängig gemacht und die Demobilisation eingestellt worden. Während der Abreise ist Feldmarschall Haig anwesend.

Der Führer der Eisenbahner Thomas berichtet über seine Unterredung mit Lloyd George: Ich habe alles getan, was möglich war, um zu einer Einigung zu gelangen. Lloyd George erklärte es aber für unmöglich, den Eisenbahnern ein ähnliches Gehalt zu bewilligen wie den Heizern und Maschinenisten. Unter diesen Umständen blieb uns keine andere Wahl. Wir mußten in den Streik eintreten.

Die britische Regierung rechtfertigt ebenfalls in einer Bekanntmachung ihre Haltung. Es heißt darin: Es konnte nicht fataler für England kommen als gerade dieser Streik. Das Land steht im Begriff, sich von der Erbschaft des Krieges zu erholen und gerade wurden Befehle erteilt, um die Industrie wieder in Gang zu bringen, damit man an dem allgemeinen Weltmarkt teilnehmen kann. Jede Stilllegung des Verkehrs im gegenwärtigen Augenblick und verhängnisvollen Einfluß haben. Es ist daher kaum möglich, die große Wichtigkeit des Streiks noch zu übertreiben.

Die Behörden erklären nachdrücklich, daß der Streik vorläufig ausgebrochen sei und daß keine Ursachen vorlägen, die seinen Ausbruch jetzt rechtfertigen. Die Haltung der Regierung erfordert jetzt, nachdem die Dinge soweit fortgeschritten seien, daß mit allen Mitteln und allen Kräften gegen den Streik Stellung genommen werde. Es sei bereits eine große Abwehrorganisation bereitgestellt. Namentlich sei die Aufrechterhaltung der Lebensmitteltransporte gewährleistet. Man dürfe zwar hoffen, den Konflikt in Ruhe beilegen zu können, doch sei die Regierung für alle Fälle gerüstet. Überall würden Freiwillige von ihr ausreichten den Streik erhalten. Es handele sich ja nicht um einen Streik einer Gesellschaft, sondern um einen Streik gegen die Allgemeinheit, und zwar um einen Streik, der unter Umständen ausgedehnt sei, die die Regierung nur als unredlich und unklar bezeichnen können. Deshalb habe sie das moralische Recht zu, sich mit allen Mitteln dagegen zu wehren.

## Der Eisenbahnstreik in den englischen Provinzen.

HN. Haag, 28. September.

Die Zahl der freitenden Eisenbahnarbeiter beläuft sich auf 165 000. Von den Eisenbahnstationen laufen Nachrichten ein, die besagen, daß in der Provinz in der Nacht zum 27. bereits überall die Arbeit auf den Eisenbahnstrecken ruhte. Aus London konnten am 27. morgens bereits gefüllte Züge nicht mehr abfahren.

## Sympathieerklärung der französischen Eisenbahner.

Haag, 28. September.

Aus London wird gemeldet: Der französische Eisenbahnerverband hat seine Sympathie mit den streikenden englischen Kollegen bekundet.

## Die Zahl der Ausländigen.

Amsterdam, 28. September.

Ein hiesiges Pressebureau meldet aus London, daß die Zahl der Ausländigen auf 965 400 geschätzt wird. Von amerikanischen und französischen Arbeiterkreisen wurde Unterstützung versichert.

## Roske und Reinhard.

Auch in den Armen liegen sich beide.

Berlin, 28. September.

M. Z. W. teilt mit: Am 19. September hat Oberst Reinhard dem Reichswehrminister folgende Erklärung abgegeben: „Ich schon nichtig gemeldet habe, werde ich es weit von mir, irgendwelchen gegenrevolutionären Bestrebungen nahe zu stehen oder sie etwa selbst zu betreiben. Vielmehr bin ich noch besten Kräfte bemüht, die ichige Regierung zu stützen und zu diesem Zwecke ihr zu helfen, Ordnung und Ruhe in Deutschland wiederherzustellen. In gleichem Sinne habe ich auch stets auf die mir unterstellten Truppen eingewirkt. Abgesehen davon, daß durch mein Verhalten gegenüber der Regierung während der Kämpfe der letzten Weltbeweise für meine Absicht, der Regierung ehrlieh dienen zu wollen, erbracht worden sind, habe ich meine lokale Haltung noch ausdrücklich durch die Verpflichtung bekräftigt, die ich bei meinem Eintritt in die Reichswehr auf mich genommen habe. Das Verdienst, das ich in den nächsten Tagen auf Grund der neuen Verfassung ablegen werde, wird meine Treue zur Regierung erneut beweisen.“

Die mir zur Last gelegten Behauptungen über Mitglieder der Regierung sind, wenn sie gefallen sind, in einem anderen Form und in einer immerhin begrifflichen Erregung seiner Zeit gefallen und sind keineswegs für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen. Es hat mir fern gelegen, der persönlichen Ehre einzelner Regierungsmitglieder zu nahe zu treten.“

Das Reichskabinett hat beschlossen, daß in Berücksichtigung der Verdienste des Obersten Reinhard von einer weiteren Verfolgung der Angelegenheit durch den Reichswehrminister Abstand zu nehmen ist.

Got jemand einen anderen Ausgang dieser Angelegenheit erwartet? Roske und Reinhard, Reinhard und Roske: Sie gehören zusammen, sie bleiben beisammen. Oberst Reinhard wird weiter als „Gefährlich“, das sich Regierung nennt, den „Pump“ Erbacher und die „Judenfabrik“ bezeichnen, und die Regierung wird sich ganz die Dienste dieses Mannes auch künftig gefallen lassen. Die Regierung und dieser Reinhard sind einander wirklich wert!

## Der Aufmarsch der Reaktion.

Als die ersten Nachrichten über das Treiben der deutschen Truppen in den baltischen Provinzen kamen, gab es nur wenige einsichtige Politiker in Deutschland, die damals logisch eine unmittelbare Gefahr für die deutsche Republik erkannten. Erst durch die Renommisterei reaktionärer Offiziere verbreitete sich die Kenntnis, daß dort oben an der russischen Ostsee ein Heer gesammelt werde, das bei gegebener Gelegenheit gegen die deutsche Republik zur Wiederaufrichtung der monarchistischen Herrschaft marschieren sollte.

Zunächst waren es Abenteuerer, die man dorthin lockte mit falschen Versprechungen, mit Versprechungen, von denen man wußte, daß sie nie gehalten werden konnten. Arbeitslose und Arbeitschene folgten, angezogen von dem perspektiven Landbesitz. Ueber das ganze Reich zog sich das Netz des Werbendienstes, und unter dem Deckmantel des „Grenzschutzes Ost“, gegen eine nie vorhandene bolschewistische Invasionsgefahr, gegen angebliche polnische Eroberungsabsichten sammelte man dort ein Heer, das als Werkzeug der Gegenrevolution dienen sollte. Ein monarchistisches Offizierskorps zog große Massen gleichgesinnter reaktionärer und gegenrevolutionärer Offiziere nach sich. Mit Blinderungen und Kündigungen zog man sich die Ergebenheit der Truppe. Blindernd zogen die Truppen durch die von den Bolschewisten „befreiten“ Gebiete, verjagten die rechtmäßig gewählte Volksregierung Ostlands und versuchten, aus einigen letzten Strohmannern und baltischen Baronen eine reaktionäre Regierung zu bilden. Nur am Aufbegehren des Volkswillens und dem Einsprechen der Endente scheiterte ihr Plan. Man suchte nun neue Bundesgenossen. Es dauerte nicht lange, und die Verbindung mit den reaktionären Gewalten in England, mit Koltchal und Denikin war hergestellt. Der Plan ward großzügig. Es begann sich eine gemeinsame Front der deutschen und russischen Reaktionäre zu bilden, die unter dem Schein des Kampfes gegen den Bolschewismus eine Macht zusammenzog, mit der man aller revolutionären Bewegungen Herr zu werden hoffte.

Die deutsche Regierung, sowohl die Regierung Ebert-Scheidemann als die nachfolgenden Koalitionsregierungen, sahen diesem Treiben zu, ohne im geringsten dagegen einzukreihen. Vor dem Abbruch des Berliner Friedens hofften Herr Erzberger und seine Leute noch immer, daß man so ganz heimlich einige Teile der baltischen Provinzen noch werde einnehmen können. Deshalb zwang man gegen alle Notwendigkeit die deutschen Truppen, im Baltikum zu bleiben. Als überall im deutschen Volk die Erkenntnis über die Tendenz der dort entkehrenden reaktionären Kräfte durchgedrungen war, blieb die Regierung blind. Sie sah nicht oder wollte nicht sehen, welche Gefahr dort im Osten der jungen Republik drohte. Heute ist diese reaktionäre Macht bereits so groß, daß sie Befehle der deutschen Regierung nicht mehr fürchtet. Aber auch heute noch ruft diese Regierung sich nicht zu erheitern. Auch heute noch ruft diese Regierung sich in strafbarer Fahrlässigkeit die Führer und Treiber der Gegenrevolution gemahnen und wird so an der Spitze teilhaftig, die deutsche Republik und ihre junge Freiheit in die Hände der Gegenrevolutionäre geliefert zu haben.

Nicht nur im Baltikum stehen deutsche Truppen, deren Abbeibereitung nur eine Scheinbare ist. Die Armee des Grafen von der Goltz hat sich nach den letzten Nachrichten auf hunderttausend Mann vermehrt. Diese Truppen verweigern der deutschen Regierung den Gehorsam, und Herr von der Goltz ruft stets neue Einwände und Ausflüchte, um der seit Monaten ausgesprochenen Abberufung nicht Folge leisten zu müssen. In Litauen hat sich eine zweite Armee gebildet, bestehend aus deutschen und russischen Truppen, unter dem Oberbefehl des Obersten Weimont. Auf's eifrigste werden die Anwerbungen für diese Armee noch heute in Deutschland betrieben. Noch immer bestehen Werbepostämter in allen größeren Städten Deutschlands, die deutsche Bürger als Soldaten für diese Armee verkaufen. Deutsche Soldaten in deutscher Uniform mit russischen Abzeichen und russischen Kolorden beloben täglich das Bild der deutschen Großstädte.

Die Hauptorte, um die diese Armee sich sammelt, sind Schaulen und Kuznanov. In ganz Ostpreußen wird



man von nichts anderem als von dieser großen, in Litauen  
stehenden Armee. Auch über ihren Zweck herrscht nicht die  
geringste Unklarheit. Unter dem Deckmantel des Kampfes  
gegen die Bolschewiki und Polen und der Unterjochung der  
Litauer sucht diese Armee allmählich die Verbindung mit den  
von Litauen her anrückenden Truppen Denikins herzustellen.  
Das Gebiet Weichrubeniens soll als Aufmarschgebiet für  
diese Armee dienen. Die Pläne sind bereits  
fertiggestellt und der Vormarsch Denikins  
über Kiew hinaus ist der erste Schritt zur  
Verwirklichung der großen reaktionären  
Front im Osten. Die beiden Armeen besitzen eine ge-  
meinsame Zentrale in Berlin. Der General  
Wiskowski, der Vertrauensmann Kollschafs und Deni-  
kins, weilt zur Zeit in Berlin und hält von hier aus die  
Verbindung zwischen den beiden operierenden Armeen aufrecht.  
Er finanziert den Werbepersonal, der sich über Deutschland aus-  
breitet, und unterstützt die in Litauen stehende deutsch-  
russische Armee mit Geldern. Wahrscheinlich geht auch ein  
großer Teil der durch die Entente gelieferten Munition und  
des Waffenmaterials, sowie des Geldes durch seine Hände.  
Die in Berlin weilende russische Militärmission,  
über die an dieser Stelle bereits mehrfach berichtet wurde,  
ist noch immer von der deutschen Regierung nicht beseitigt,  
obwohl sie nicht das geringste Recht auf Anerkennung hat,  
da weder die Entente noch die deutsche Regierung bisher  
Kollschaf und Denikin als Regierungsinhaber in Russland  
anerkannt haben. Der Vormarsch der deutsch-  
russischen Armee aus Litauen nach Süden  
wird in kürzester Zeit beginnen, wenn die  
Verhandlungen mit den Polen beendet  
sind. Da polnische Truppen den größten Teil Weich-  
rubeniens zu Annerkennungszwecken unter dem Vorwande des  
Kampfes gegen die Bolschewiki besetzt haben, wird eine  
Vereinbarung mit den Polen notwendig, damit diese die  
Vereinigung der beiden Armeen nicht hindern. Diese Ver-  
handlungen sind bereits mit Hilfe der Entente eingeleitet  
und Kollschaf soll sich damit einverstanden erklärt haben, den  
Polen gewisse Entschädigungen in Litauen und Weich-  
rubeniens zu gewähren, um sich auf diese Weise die Unter-  
stützung der polnischen Truppen zu sichern.

Dah diese dort entstehende Front sich nicht etwa allein  
gegen den Bolschewismus, sondern vielmehr gegen alle frei-  
heitlichen Bestrebungen und revolutionären Errungenschaften  
wendet, beweist das Vorgehen Denikins in der jetzt von  
den Bolschewiki „befreiten“ Ukraine. Denikin denkt gar  
nicht daran, die Volksregierung der Ukraine, die Regierung  
Wetkura, die zur Zeit in Kamenez-Podolski ihren Sitz hat,  
anzuerkennen. Er verweigert ebenfalls der Ukraine ihre  
kulturelle Autonomie, führt die russische Sprache als einzige  
Staatsprache in der Ukraine wieder ein, löst die ukraini-  
schen Buchhandlungen behördlich auf, stellt die Presse  
unter Zensur, so daß an Herausgabe ukrainischer Zeitungen  
und Bücher nicht gedacht werden kann. Auf Veranlassung  
des Kommandanten von Kiew, des Generals Wredow,  
wurden alle ukrainischen Aushängeschilder entfernt und durch  
russische ersetzt. Nach den letzten Nachrichten herrscht in Kiew  
ein entsetzlicher Terror, wie ihn die Ukrainer bis-  
her noch niemals auch nur entfernt erlebt haben. Die  
Führer der Armee Denikin schänden noch ukrainischen  
politischen Führern, nach Mitgliedern der früheren ukraini-  
schen Zentralrada. Die ukrainische Intelligenz und Arbeiter-  
schaft verläßt massenhaft Kiew. Die Dörfer in der Umgebung  
von Kiew sind von ukrainischen Flüchtlingen überfüllt. Die  
Nachrichten lassen auf deutliche erkennen, welche Gefahr  
von dort her droht. Ist die Front vom Baltikum her bis in  
die Ukraine erst einmal gebildet, so beginnt der Vormarsch  
dieser reaktionären Kerntruppen nicht nur nach Osten, son-  
dern auch nach Westen. Die reaktionäre Russlands  
und Deutschlands haben ein Bündnis auf Leben und Tod ge-  
schlossen, um die monarchistische Herrschaft in beiden Län-  
dern wieder aufzurichten.

Die ehemals russischen Mandatstaaten, die jetzt ihre staat-  
liche Selbständigkeit erlangt haben, haben die drohende Ge-  
fahr erkannt und versuchen mit allen Mitteln, ihr Wider-  
stand entgegenzusetzen. Sie werden aber namentlich von der  
deutschen Seite in diesem Kampfe behindert. Die deutsche  
Randschweizerpolitik in Russland ist typisch für die deutsche  
Diktatorpolitik überhaupt. Auch gegenüber Litauen, Weich-  
rubeniens und der Ukraine wird dieselbe Politik eingehalten.  
Man spekuliert in Berlin offensichtlich auf die russische  
monarchistische Gegenrevolution, die mit dem großrussischen  
Zentralismus und Imperialismus untrennbar verknüpft ist.  
Deshalb fördert man Kollschaf und Denikin nicht nur gegen  
die Sowjetrepublik, sondern auch gegen die demokratischen  
Mandatstaaten. Denn in erster Linie kommt es den Brand-  
stiftern in Berlin darauf an, eine neue heilige Allianz der  
deutsch-russischen Junkerschaft zu schaffen, die ihnen als  
sicherste Basis für die Wiederherstellung der Monarchie er-  
scheint.

Die deutsche Regierung wird sich vor der Geschichte nicht  
von der Schuld reinigen können, diesen Aufmarsch der  
Gegenrevolution gefördert und geduldet zu haben.

### Ein Nachwort der Entente.

Paris, 27. September.

„Temps“ meldet: Der Rat der Vertreter der fünf Großmächte  
hat heute vormittag beschlossen, durch Vermittlung Marshall  
Foch der deutschen Regierung eine letzte Note zu über-  
reichen, um die sofortige Räumung der baltischen Pro-  
vinzen Litauen und Kurland durch die Truppen des  
Generals v. d. Goltz zu verlangen. Wenn die deutsche Regierung  
dieser letzten Aufforderung nicht Folge leistet, würden sofort  
Maßnahmen getroffen werden, die besonders umfassen: 1. die  
Einstellung jeder Nahrungsmittelzufuhr und  
jeder Zufuhr von Rohmaterialien an Deutschland, 2. den  
Abbruch aller Verhandlungen finanzieller Art,  
die augenblicklich mit Deutschland geschlossen werden, besonders  
aber mit Rücksicht auf die Kreditbewilligung.

Zu dieser Note hat die deutsche Regierung die Entente  
geradezu herausgefordert. Sie hat entgegen dem wieder-  
holten Verlangen der rechtmäßigen lettischen Regierung und  
der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung, die deutschen  
Truppen nicht nur aus Kurland nicht zurückgezogen, sondern  
durch stillschweigende Duldung es auch zugelassen, daß die  
Armee des Generals von der Goltz durch Nachschub aus  
der Heimat dauernd verstärkt wurde. Daß lettische Volk  
wurde durch das Verbleiben der Landknechte, die jeder Furcht  
und Mitleid los, ein wahres Räuberleben führten, an seiner

aufbauenden Arbeit gehindert, seine Felder wurden zerstört,  
die Ernte geraubt, die Wohnungen demoliert und die Ein-  
wohner selbst in jeder nur erdenklichen Weise drangaliert  
und gepeinigt. Dem deutschen Volk aber kostete das  
Abenteuer seiner Militaristen mehrere Milliarden Mark und  
endet nun mit der verdienten Blamage. Diese fällt aber  
nicht auf das Volk zurück, sondern auf seine Regierung,  
die sich den militaristischen Abenteurern mit Haut und  
Haaren verschrieben hat und erst durch ein Nachwort der  
Entente dazu gezwungen werden muß, ein Unternehmen auf-  
zugeben, welches eine von demokratischen Grundgedanken durch-  
drungene Regierung nie unternommen hätte.

### Hirsch auf der Spartakistenjagd.

In unserer Sonntagsausgabe haben wir die Bemerkungen  
der „Kommunistischen Parteikorrespondenz“ zu den von der Re-  
gierung und insbesondere von dem preussischen Ministerpräsi-  
dent Hirsch verbreiteten Schauermärchen über die dunklen Pläne  
der „Spartakisten“ wiedergegeben. Wir knüpften daran die Er-  
wartung, daß Herr Hirsch seine Enthüllungen, die sich auf Spitzel-  
berichte stützten, an derselben Stelle widerrufen würde, an der er  
sie ausgesprochen hat. Herr Hirsch scheint unsere Erwartung nicht  
erfüllen zu wollen. Er setzt vielmehr seine Spartakistenjagd fort,  
indem er die Behauptung verbreiten läßt, daß die von ihm be-  
kanntgegebenen Spitzelberichte echte kommunistische Dokumente  
seien, die einem an der deutsch-böhmischen Grenze zufällig ver-  
hafteten Kurier der Kommunisten abgenommen worden seien.

Dieser Spartakisten-Kurier des Herrn Hirsch hat eine ver-  
wünschte Ähnlichkeit mit einem Manne namens Heile, der  
in Hasting von der Gendarmerie verhaftet worden ist und bei dem  
die Dokumente in Geheimschrift vorgefunden wurden, die Herrn  
Hirsch das Grinsen vor Spartakus beigebracht haben. Dieser  
Heile hatte einen Ausweis auf den Namen Ehard der Reserve  
bei sich. Heile ist aus dem Gefängnis in Frankfurt a. O. aus-  
gebrochen. Vorher war er Leutnant bei der Reichs-  
wehr und noch früher Zentrumskrediteur. Wenn er  
nicht verhaftet worden wäre, so wäre er sicher Generalsfeld-  
marschall der Spartakusarmee geworden; immerhin aber hat er  
es doch zum Spartakus-Kurier und zugleich zum Vertrauensmann  
des Herrn Hirsch gebracht.

Wir empfehlen Herrn Hirsch dringend, sich in seiner Sparta-  
kistenjagd eine Pause zu gönnen und sie zum Studium der Pro-  
schärfe seines Freundes und Parteigenossen Eugen Ernst, des  
zeitigen Polizeipräsidenten von Berlin, über „Polizeispitze-  
leien und Ausnahmegerichte“ zu denhnen. Es kommt  
darin manchen schönen Stelle vor über die verfluchten Subjekte,  
die sich der Spitzeltätigkeit hingeben, und treffende Worte werden  
über die Leute gesagt, die sich der Produktion dieser Spitzel be-  
dienen, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten. Selbst ein Hirsch  
kennt diese Schrift noch mit Nutzen lesen.

### Die machtlose Regierung.

Koblenz, 27. September.

Der parlamentarische Beirat des Reichs Kom-  
missars besprach die machtlose Uebersehnenung der besetzten  
Gebiete mit Waren, die teilweise nicht lebensnotwendig oder reine  
Luxusartikel sind. Die deutschen Behörden seien gegen die  
vielen unerhörten Mißverhältnisse machtlos, weil  
die ausländischen Händler und ihre Waren vor der Ratifikation  
des Friedens durch deutsche Gerichte nicht zu fassen seien.

Mit immer neuen Ausreden sucht die Regierung ihre  
vollkommene Untätigkeit gegen die Ausbeutung des  
deutschen Volkes durch Wucherer und Lebensmittelspekulanten  
zu verdecken. So müssen jetzt die „ausländischen“ Händler her-  
halten. Darum aber gegen deutsche Schieber, die doch  
den Hauptteil der in Deutschland tätigen Wucherergesellschaft  
bilden, nichts unternommen wird, bleibt unerfindlich. Über-  
dies ist es auch viel wichtiger, daß Militär und Sicherheits-  
polizei gegen friedliche Arbeiter verhandelt wird, als  
zur Unschädlichmachung jener Blutsauger.

### Eine jämmerliche Komödie.

Wir denken bereits am Sonntagabend die heuchlerische Komödie  
der Rechtssozialisten auf, die sie im Ausschusse der Nationalver-  
sammlung mit ihrem Antrag auf Vertagung der Beratung des  
Umschlagsteuergesetzes bis nach Erledigung der direkten Steuern  
spielten. Als sie bemerkten, daß auch die bürgerlichen Parteien  
ihre Zustimmung durchschaut hatten und ihnen dadurch die Annahme  
ihres eigenen Antrages drohte, zogen sie ihn voller Ver-  
schämung schleunigst zurück.

Wie der „Vorwärts“ nun mitteilt, werden die Rechtssozia-  
listen ihrem schamhaften Verbot aller Arbeiterinteressen die  
Krone aufsetzen und direkt für die Umschlagsteuer stimmen. In  
genau der Weise sucht das Blatt dieses Eingeständnis durch scheu-  
heilige Phrasen zu verdecken. Es weist auf die Erklärungen des Ab-  
geordneten Krüger hin, daß die deutsche Volkswirtschaft durch die Um-  
schlagsteuererhöhung schwer erschüttert werde, und daß dann der Arbeiter  
allein für Wirtschaft und Verteidigung 80 v. H. seines gesamten Einkommens ausgeben  
müsse. Die Rechtssozialisten vergessen dann leider nur, hieraus  
die einzig mögliche Folgerung zu ziehen, nämlich die glatte  
Ablehnung der Umschlagsteuer. Dafür wird wieder eine jämmer-  
liche Komödie aufgeführt, indem erklärt wird: „Einen Antrag,  
die notwendigen Lebensmittel von der Steuer zu befreien, werden  
wir einbringen, die Vertagung muß ausgesprochen werden, sonst  
können wir nicht dafür stimmen.“ — Mit diesem Jammerbroden,  
daß gerade das zum Leben allernötigste von der Steuer ver-  
schont lassen will, sucht man also der werktätigen Bevölkerung,  
die man noch hat, Sand in die Augen zu streuen.

### Der bewaffnete Kindergarten.

Während es der sozialistischen Jugend nicht gestattet ist,  
im Reiche bereits eine öffentliche Versammlung abzuhalten, rückt  
die deutschnationale Jugend mit Gewehren und  
Handgranaten zu ihren Versammlungen an. Das ist die  
allerneueste Errungenschaft, die wir gestern Abend feststellen  
konnten. Die deutschnationale Jugend hatte nämlich am Nach-  
mittag ein Sportfest in Schmarzendorf. Abends fand die  
Preisverteilung in der Philharmonie statt. Die jungen  
Leute, die kaum ins Leben gerufen haben, zogen mit Gewehren  
und Handgranaten bewaffnet nach der Philharmonie. Dieser  
mehr als sonderbare Aufzug hat bei den Passanten ein seltsames Auf-  
sehen erregt. Sie wandten sich an Petroullissen der neuen Siche-  
heitswehr und baten diese, den jungen Leuten die Waffen  
abzunehmen, da sie damit nur Unheil anrichten könnten. Die  
Entscheidung wurde aber von der Sicherheitswehr abgelehnt, da  
die Jünglinge auf diese Weise des Einwohnerwehres be-  
teiligt seien, wonach sie zum Militärzweck berechtigt sind.

Die Burschen sportten dann die Umgehend der Philharmonie  
ab, angeblich um sich vor „spartakistischen“ Ueberfällen zu schützen.  
Als der Feind ausblieb und die deutschnationale Jugend darauf  
verzichten mußte, Helidenten zu vollbringen, entschloß man  
sich, die Absperrung aufzugeben. Die Waffen, Gewehre, Militä-  
rpatronen und Handgranaten nahmen die deutschnationale  
Kinder mit nach Hause, um bei der nächsten Gelegenheit damit in  
Aktion zu treten. Nur einem der Jünglinge erreichte auf dem Post-  
damer Platz das Geschick. Ein Schußmann, der auf den sonderbaren  
Träger von Handgranaten aufmerksam gemacht wurde, arreliert  
diesem. Auf der Wache waren sämtliche Beamten entrichtet, daß  
man solch einem Jungen eine scharf geladene Hand-  
granate in die Hände gab.

Rum rumbert aus der Ueberfoll auf den Demons-  
trationszug anlässlich des Jugendtages der freien soziali-  
stischen Jugend nicht mehr. Fröhlich läßt sich was ein Meister wer-  
den will. Was würden aber wohl die Ernst und Rostig dazu  
sagen, wenn sich die freie sozialistische Jugend mit Waffen gegen  
solche Ueberfälle schützen würde?

### Rechtssozialistische Gefinnungstüchtigkeit.

In Braunschweig hatten sich bei den Stadt-  
ratswahlen die Rechtssozialisten mit dem Bürger-  
tum verbunden, um den verhassten Unabhängigen  
Mandate und Stimmen abzugewinnen. Den „Erfolg“  
dieser Koalition haben sie dann als „großen Sieg über die  
Unabhängigen“ in die Weltposaunt, obwohl sie in Braun-  
schweig kaum ein Drittel der für die Unabhängigen abge-  
gebenen Stimmen auszubringen vermochten. Bei der am  
gestrigen Sonntag stattgefundenen Stichwahl wurde die  
Koalition neu aufgestellt. Bürgertum und Rechtssozia-  
listen unterstützten sich gegenseitig, um den Unabhängigen  
die Mandate streitig zu machen. Wie die Rechtssozialisten  
diese Verbrüderung ihren Wählern geläufig zu machen ver-  
suchen, mag aus folgendem Passus eines Wahlauszugs her-  
vorgehen. Es heißt da:

Braunschweiger! Als die rote Horde ihr Unwesen trieb, als  
man alle Nachmittel, dem bristenden Geldmangel bis zur  
Wahlfälschung, anwandte, um eine Räuberherrschaft aufzu-  
richten, habt ihr da nicht gehäut, was es heißt, wenn die politische  
Ordnung irgendwelchen sich mit Gewalt dazu drängenden Leuten  
überlassen wird! Und als damals, vor dem 9. November, bald  
ein Herzog, bald ein preussischer oder mecklenburgischer Staat-  
halter sich „Regent“ nannte, Parteigenossen. Kennt ihr euch  
nicht der Verfolgungen und der Polizeischikane  
erinnern, die ihr damals erdulden mußtet, so  
fragt die Veteranen der Partei. Die wissen, was  
Gottessquadrum heißt!

Aber nicht nur aus Sozialdemokraten, jedem ehrlichen  
Demokraten muß eine Härtenherrschaft ein  
Greuel sein. Demokratische Kandidaten sind  
es, für die auch wir Rechtssozialisten am  
Sonntag eintreten wollen. Wir tun es, weil die  
Demokratie die Republik in ihrem Programm zu sehen hat, weil  
sie weiter gewillt ist, eine Sozialisierung in gewissem Maße zu  
unterstützen.

Das ist in der Tat eine lobenswerte Gefinnung-  
tüchtigkeit! Und diese Herrschaften wagen es noch, August  
Bebel für sich zu beanspruchen, jenen Mann also, der im  
Reichstag immer und immer wieder erklärte, daß er ein  
Todfeind der Bourgeoisie sei und zeitlebens  
den Gedanken propogierte, daß die Befreiung der Arbeiter-  
klasse nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann.

### Die Fiumer Vorgänge vor dem amerikanischen Senat.

H. N. Haag, 28. September.

Aus Washington wird gemeldet: Die Debatte im  
Senat war gestern hauptsächlich den Fiumer Ereignissen gewidmet.  
Senator Hitchcock erklärte, daß der Zwischenfall von Fiume  
niemals hätte stattfinden können, wenn der Friedensvertrag be-  
reits ratifiziert wäre und der Wille der Welt sich bestanden hätte.  
Diese revolutionäre Bewegung werde aber nicht die letzte sein,  
es werden noch weitere folgen. Schließlich würde es noch so  
kommen, daß gewisse Regierungen, die das Friedensabkommen  
nicht unterzeichneten, verschwinden, ohne daß sie vorher in der Lage  
gewesen wären, die Bedingungen des Vertrages durchzuführen.  
Die Verantwortung für diese sehr ernste Möglichkeit ruhe dann  
auf denjenigen, die die Verzögerung wünschten. Andere Redner  
setzen in der Debatte der amerikanischen Marinesoldaten in Kran-  
den einen Beweis für ihre Haltung, daß der amerikanische Senat in  
dem europäischen Konflikt intervenieren müsse. Senator Borah  
meinte, die Forderung von Fiume und später die Landung der  
amerikanischen Soldaten an der dalmatischen Küste beweise, daß  
die Vereinigten Staaten bereits in diesen euro-  
päischen Konflikt verwickelt seien und daß der Balken  
bund keineswegs instand wäre, den Nationalismus zu unter-  
drücken. Mehrere Redner vertraten wieder die Ansicht, daß die  
Landung amerikanischer Marinesoldaten in Dalmatien eine  
Kriegshandlung der Vereinigten Staaten gegen Italien darstelle.  
Schließlich faßte der Senat eine Resolution, in der das  
Ratifikationsgesetz über die Landung in  
Kran zu erlassen.

### Die demokratischen Führer gegen eine dritte Kandidatur Wilson.

Amsterdam, 28. September.

Dem Pressureau Radio zufolge verleiht, daß die demo-  
kratischen Führer auf einer Zusammenkunft in Atlantic City sich  
gegen eine dritte Kandidatur Wilsons aus-  
sprochen haben.

Ablehnung eines deutschen Protests. Der Völkerrat hat be-  
schlossen, den deutschen Protest gegen die Maßnahmen der belgi-  
schen Behörden in Eupen und Malmedy abzulehnen.

Die Verhaftungsdreien für den Wiederaufbau haben bis  
jetzt für die französischen Bergwerksbezirke und für das Gebiet  
von Arras und Lille stattgefunden. Die deutschen Herren wurden  
vor den französischen Behörden höflich und mit Entgegenkommen  
behandelt. Die Arbeit wird nach den Eindrücken der Beteiligten  
von großem Umfang und mit erheblichen technischen Schwierig-  
keiten verknüpft sein.

Verzögerung des spanischen Hafenarbeiterstreiks. Die  
Hafenarbeiter haben in Kopenhagen den Vermittlungsvorschlag  
des Ministerpräsidenten mit großer Mehrheit angenommen, wo-  
durch der seit vier Wochen dauernde Hafenarbeiterstreik beendet  
ist. Die Hafenarbeiter nehmen am Montag die Arbeit wieder







